

Wohlfahrtsförderung ausgeübt, so würde das Verhalten, das sich ihm in der Schaffung eines Dauerzustandes bemerkbar macht, unethisch, mit der realen Auslegung des Verfallens Vertrags unvereinbar und dem Geiste von Bismarck direkt zuwiderlaufend wäre. Es wäre deshalb unerwünscht, daß die Reichsregierung einen derartigen Beschluß hienehmen könnte."

Für obligatorische Kurzarbeiter-Unterstützung.

Sozialdemokratische Forderungen im Sozialpolitischen Ausschuss.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages kam am Donnerstag dem Antrag des Unter Ausschusses zu dem Gesetz über die Einbeziehung der Angehörigen in die Erwerbslosenunterstützung am Freitag im Plenum des Reichstages in allen drei Lesungen zu Beschlüssen. Dann sollten die noch unerledigten Anträge über die Kurzarbeiterunterstützung beraten werden. Die Vertreter des Reichsarbeits- und Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministeriums gaben wiederum die bekannte Erklärung ab, vor der Bildung einer neuen Regierung keine Stellung nehmen zu können. Genosse Wolf wies diese dauernden Beschlüsse als unzulässig an und erklärte, daß in den Beratungen eingetretene Verschiebungen, Genosse Wolf begründete den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der obligatorischen Kurzarbeiterunterstützung, monach Arbeiter, die weniger als drei Viertel ihres vormaligen Arbeitsverdienstes erhalten, 40 Prozent des Unterlohns sollten ihren erhöhten Verdienst und dem vollen Arbeitsverdienst ausständig 10 Proz. für jeden Familienangehörigen an Kurzarbeiterunterstützung erhalten sollen. Er überprüfte den Entwurf, aus würde der sogenannte Gebührensatz der Wirtschaft durch aufgehoben. Man könne nicht verlangen, daß die Kurzarbeiter für die Nationalkassen der deutschen Industrie zum einen letzten Ausmaß fordere schließlich die übrigen Parteien auf, ihre noch vorliegenden Anträge gleichfalls zu begründen. Dem kamen jedoch nur der Abgeordnete Ziegler (Dem.) und Frau Leusch (Zit.) nach, während die übrigen Parteien darauf beglückwünschten, auch nur noch zu den ihnen selbst im Dezember gefällten Anträgen zu sprechen. Frau Leusch wies sich mit besonderer Schärfe gegen die Ausführungen der Regierungstreter aus dem Reichsarbeits- und dem Reichsfinanzministerium, die immer nur von der Tragfähigkeit der Unternehmungen sprechen und den Wert der menschlichen Arbeitskraft für die Wirtschaft außer acht lassen. Er behauptete auch, daß die Regierungsbildung von einer Lösung dieser Probleme nicht zu trennen sei. Dr. Wolpert (D. W.) verurteilte, alle Entscheidungen in der Sitzung zu beschleunigen und zu warten, die neue Regierung da ist. Schließlich verlangte ein Antrag zur Annahme, wonach die neue Regierung aufgefordert wird, dem Reichsfinanzministerium zur Regelung der Kurzarbeiterunterstützung vorzulegen.

Die Wahrheit marschiert.

Die Entenländer gegen das deutsche Volk.

Paris, 12. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Das der Nationalsozialisten Partei nachstehende Blatt "La Nation" veröffentlicht am Mittwoch mit der Überschrift: "Die Wahrheit marschiert!" einen Artikel, der außerordentlich charakteristisch ist für den Umsturz, der sich in Frankreich in der Beurteilung nicht nur der Kriegsverträge, sondern auch des Friedensvertrages und seiner Konsequenzen andeutet. Als im November 1918, so schreibt das Blatt, die Alliierten den Waffenstillstandsvertrag unterzeichneten, habe Wilson mit der Beurteilung des Friedensvertrages, der Friede auf dem bekannten Land gewonnen aufgeben sein werde, das Wort Amerikas verstanden. Der Friedensvertrag aber habe einen nach dem anderen dieser 14 Punkte vernichtet, und von einem Volk wie dem amerikanischen habe man danach wirklich erwarten können, daß es alle Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten dieses Vertrages zurückzuweisen würde. Aber es sei noch schlimmer gekommen. Nicht genug, einen so abförmigen und unumkehrbaren Friedensvertrag zu haben, habe die Diplomatie des Nationalen Blattes ihn in der Folgezeit systematisch verlegt, so durch die willkürliche Fälschung der Tatsachen, durch die Fälschung der Tatsachen, durch die Fälschung des Paragrafen, durch die Diskretion der Natur usw. Das seien die wahren Gründe, warum die Vereinigten Staaten sich immer mehr von Frankreich abgewandt hätten. Die Republik habe Frankreich nicht nur das Recht von 184 Millionen gestiftet, sondern darüber hinaus auch die Anzahl der Milliarden, deren Rückzahlung England und Amerika heute verlangen. Im Jahre 1914 habe auch Amerika an die alleinige Kriegslast Deutschlands geknüpft. Die seitdem veröffentlichten diplomatischen Dokumente und die zu dieser Frage erschienenen Bücher hätten Amerika die Augen geöffnet und die Schuld der imperialistischen Politik Serbiens, Bulgariens, Frankreichs und Englands ihm roter als gerotet. Man wisse auch heute in Amerika, daß das französische Gebotnis und das russische Orangenöl im Jahre 1914 auf Grund gemeinsamer Vereinbarungen gefälscht gewesen sei und daß nach dem Wortlaut der französisch-russischen Militärkonvention selbst, die ausdrücklich als angezeigter Macht dienende bezeichnet, die zuerst mobilisierte, England, das im Juli 1914, gerufen worden. Cuno, Dethlefs, auch mobilisiert habe, der wiedereingetretene gewesen sei.

Die Zürcher-Dampfre.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages erklärte der Reichsarbeitsminister, daß die Sozialregierung die Auseinandersetzung als abgeschlossen betrachte und keine Neuauflösung wünsche. Im übrigen widerlege sie eine reichsgerichtliche Anweisung, ebenso wenig wie Genosse. Dieser Erklärung schloß sich auch der Reichswirtschaftsminister an. Dem ging der Ausschuss zur Besprechung der Beschäftigung in Pödenburg, Schwaben über. Hier ist die Auseinandersetzung im Dezember 1918 durch einen Abfindungsvertrag erfolgt. Neben Schlichter und Grundbesitzer wurde dem Arbeitgeber eine einmalige Abfindung von 6 Millionen bewilligt. Sein Gehaltsanspruch, was im Zeitpunkt der Abfindung 750 000 RM betrug, wird bis zum Betrag von 150 000 RM vom Staat garantiert, falls es durch Großverlängerungen darunter sinken sollte. (1) Reichsminister erklärte, daß die Sozialregierung die Abfindung von 6 Millionen nicht als unzulässig betrachte. (2) Über die Vollständigkeit dieser Abfindung schrieben jetzt verschiedene Parteien gegen die sozialdemokratische Familie und dem Staat. Der Staat betriebe die Abfindungsbeträge in diesem Falle als unzulässig. Die Sozialdemokraten hätten gar nicht den Anspruch auf Abfindung. Durch den Schlichtertrag ist eine Summe von 700 000 RM, aus 389 940 Geldmark ausgewirkt worden. Es handelt sich dabei um die Aufwertung von 700 Prozent, die Genosse Dr. Klotz als ungeachtet bezeichnet, ammal der Betrag sofort zahlbar sein sollte.

In Pödenburg hat der frühere Großverlängerer nur einige Schlichter erhalten. In Schaumburg-Lippe ist die Auseinandersetzung durch einen Teilungsvertrag im Mai 1920 erfolgt. Für einige Rollen sind Aufwertungsverträge geltend gemacht worden, über die noch nicht entschieden ist. Der Fürst von Schaumburg-Lippe, der jetzt im Ausland ist, ist einer der reichsten deutschen Fürsten, er hat bei der Auseinandersetzung nicht nur sein gesamtes Haus- und Privatvermögen behalten, sondern noch ein Drittel der gesamten Domänen und neun Zwanzigstel aller Aktien des Landes. Diese Feststellung zeigt den Fürstentumswort. Der Vertrag zu der Verteilung der großen Besitzungen des Fürsten in Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Ungarn seien größtenteils ohne nennenswerte Entschädigungen eingetragene worden. Überliefert nicht heraus den Schluß, daß der Fürst für sein Leben im Ausland von Deutschland besonders gut bedacht werden muß. Die württembergische Regierung wollte sich schließlich durch den Vertreter des Reichsfinanzministeriums den hiesigen Abfindungsvertrag überreden und den Ausschuss mitteilen, daß die Zahlungsfrist des Reiches in dieser Frage nicht gegeben sei.

Die Säuglingssterblichkeit in Preußen.

Die Statistische Korrespondenz, das amtliche Publikationsorgan des Preussischen Statistischen Landesamts, veröffentlicht eine Uebersicht über die Säuglingssterblichkeit in Preußen im zweiten Vierteljahr 1926, der der Amtliche Preussische Preßedienst folgendes entnimmt:

Genau wie im vorausgehenden Vierteljahr war auch im Berichtsjahr die Säuglingssterblichkeit mit 9,7 auf 100 Lebendgeborene kleiner, als im entsprechenden Vierteljahr 1924 (10,4 Prozent). Die Säuglingssterblichkeit nahm in sämtlichen Provinzen ab außer in Brandenburg, wo sie um 0,8 Punkte stieg, und in Hohenzollern, wo der Anstieg noch größer war. In Ostpreußen, Berlin, Niedersachen, Oberhausen, Sachsen und Schleswig-Holstein betrug die Senkung mehr als einen Punkt; die höchste Säuglingssterblichkeit hatte Oberhausen mit 14,4 Prozent, die niedrigste Hessen-Nassau mit 6,9 Prozent. Im gleichen Vierteljahr 1928 betrug die Säuglingssterblichkeit durchschnittlich noch 14 Prozent, und nur Hessen-Nassau hatte eine solche von unter 10 Prozent, während die Höchstziffer 20,6 Prozent (Niedersachsen) war und mehrere Provinzen ziffern über 17 Prozent aufwiesen; hiernach kann die Besserung gegenüber der Vorjahreszeit als erheblich bezeichnet werden.

Der Montantrust gegründet.

Aus Essen wird gemeldet: Nach zahlreichen früheren Verhandlungen ist heute die Gründung der Vereinigten Stahlwerke A. G. mit einem Aktienkapital von 50 000 RM. vollzogen worden. Gründer der Gesellschaft sind die vier großen Bergbau- und Eisenwerke, die Rheinische Union mit Deutsch-Luxemburg, Bochumer Verein und Gelsenkirchen, die Zeche Gruppe, Kattowitzer Gruppe mit den wichtigsten Eisenerzwerken von der Ruhr und die Rheinischen Stahlwerke. Der Aufsichtsrat besteht aus Geheimrat Hirdorf als Vorsitzenden, ferner aus den Leitern der beteiligten Bergwerken: Fritz Löffler, Generaldirektor der Zeche Gruppe, Generaldirektor Faberhorst, Generaldirektor Schläger. Den ersten Vorstand bilden Direktor Rabes von der Zeche Gruppe, Direktor Huban von der Rheinische Union und Direktor Boensgen vom Völkner. Stellvertretendes Vorstandsmitglied ist Direktor Feiler. Bei der Gründung handelt es sich zunächst, wie aus dem Aktienkapital hervorgeht, nur um die Gründung der Stübenbergwerke, noch nicht um die vollständige Zusammenfassung der beteiligten Werke. Dem Vorstand liegt zunächst die Aufgabe ob, alle für den Au-

Wohlfahrt erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, insbesondere die Steuerfrage und die Finanzfragen zum Ablauf zu bringen. Die Hoff. B. glaubt die Zustimmung folgendenmaßen darzulegen zu können: Es ist das ein Ereignis von weitestgehender Bedeutung nicht nur für die deutsche Wirtschaft, sondern auch für die gesamte Weltwirtschaft, die dadurch, insbesondere der gesamten amerikanischen Stahl-Produktion, ein ebenbürtiger (?) Gegner gegenübergestellt wird, mit dem ein gutes Einvernehmen im eigenen Interesse angebahnt werden muß. Innerweltlich wird sich der Streit weitläufig in einer Verbindung der Produktionsfähigkeit auswirken (2), die die auf diese Weise ersetzte Nationalisierung eine nicht unmerkliche Besserung der Produktions- und Verkaufspreise im Vergleich haben wird. Speziell für den Arbeitsmarkt und auf diese neue Organisation mindestens auf längere Zeit, von nicht zu unterschätzender, günstiger Wirkung sein."

Fortschreitende Aufklärung der Gememorde.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Die von der Berliner Politischen Polizei in den letzten Tagen eingeleiteten umfangreichen Ermittlungen, und Nachforschungen haben insbesondere der gemordeten amerikanischen Stahl-Produktion, der Leiter bzw. der Wirtschaftsprüfung verdächtige Personen festgenommen. Es handelt sich um den ehemaligen Leutnant Hennig von Pöter und den ehemaligen Oberleutnant Hermann Hoff. Beide sind bereits eingehenden Verhören durch die Polizei unterzogen worden, die dazu geführt haben, daß von Pöter dem Vernehmungsgesicht vorgeführt werden konnte, der auf die Frage gegen ihn erklärte, daß er in der Sache ist in der Aufklärung ein großer Schritt vorwärts getan und es steht eine zeitliche Klärung demnach zu erwarten. Auch hat sich bereits eine ganze Anzahl verdächtiger Personen gemeldet, die als Zeugen zu den verschiedenen Verhören geführt wurden. Einzelheiten über den Gang der Verhandlungen und deren Ergebnisse können jedoch, um den Gang der Untersuchung nicht zu fördern, zurzeit noch nicht mitgeteilt werden.

"Ich habe den Glauben an die SPD verloren."

Wahnen, 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der neue Kurs in der kommunistischen Partei hat auch im Bezirk Wittenberg zu Unruhe geführt, die eine Reihe von Ausschüssen und freiwilligen Ausschüssen aus der Partei zur Folge hatten. Vornehmend ist, daß sich unter den Ausgetretenen auch einer der eifrigsten Wittenberger Agitatoren befindet, ein gewisser Georg Koch, Mitglied der Bezirksleitung des Bezirkes, der sich dementsprechend der SPD, in Wittenberg und früher kommunistischer Reichs- und Landeskomitee. In einem Schreiben an die Bezirksleitung begründet er seinen Austritt u. a. wie folgt: "Ich habe den Glauben an die SPD verloren und will folgende Gründe dafür anführen: In der Einhellung der zentrale Exekution habe ich festgestellt, als ich dagegen stimmte, daß aber damals wurden die Exekutionen, die es warden, für die Stimme zu erhalten oder gar begeben zu können, als Festlegung gebremst. Auch bei der Reichspräsidentenwahl hatte ich beim zweiten Wahlgang für Brünnemann Kandidatur immer Bedenken und die letzte Vorwahl, u. a. der Herr, haben mich nicht. Da mir das Vertrauen zur SPD verlorengegangen ist, muß ich konsequenterweise aus der Partei austreten."

Die Krise der "Kreuzzeitung".

Interessengemeinschaft mit der "Deutschen Tageszeitung".

Berlin, 15. Januar. (Radiomeldung.)

In der Generalversammlung der "Kreuzzeitung" A. G. wurden am Donnerstag die Differenzen mit der Firma Otto Soltau bezug auf dem Wege geräumt und beschlossen, daß die "Kreuzzeitung" A. G. mit der "Deutschen Tageszeitung" eine Interessengemeinschaft eingeht. Die Selbstständigkeit der beiden Blätter bleibt, wie berichtet wird, bestehen. Das bekannte Aktienpaket der Kapitalinteressenten unter Führung Redberg, mit dessen Hilfe die "Kreuzzeitung" finanziert werden sollte, ist an die "Deutsche Tageszeitung" übergegangen.

Zwischenfall in der Kammer.

Paris, 15. Januar. (Radiomeldung.)

In der Finanzkommission der Kammer ist es am Donnerstagabend nach der entscheidenden Abstimmung zu einem Zwischenfall gekommen. Nachdem die Kommission einen Antrag von Soltau, der unter Hinweis auf die gegenwärtige Höhe der direkten Steuern fordert, daß die erforderlichen Mehreinnahmen aus neuen Verbrauchs- und Verkehrssteuern gewonnen werden, abgelehnt und den sozialistischen Gegenantrag angenommen hatte, der das Ergebnis der direkten Steuern durch Besserung der Besteuerung und Erhebung vergrößert wird, welche die Minderheit des Ausschusses den Satz mit der Begründung, daß die Abstraktion zu bedeutender Entlastung der Einkommen ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihnen unmöglich mache. Der Senat wählte am Donnerstag mit 218 von 254 abgegebenen Stimmen seinen bisherigen Vorsitzenden Dr. Schlegel wiederum zum Senatspräsidenten.

Die Kaufgelegenheit in unserem grossen Saison-Räumungs-

Ausverkauf

ist nach wie vor sehr günstig, denn in allen Abteilungen unserer Geschäfts-Häuser sind noch grosse Warenmengen vorhanden und

So billig kaufen Sie nie wieder!

Halle a. d. Saale

Winn

Marktplatz 2 u. 3

6000 Arbeitslose in Halle.

Der kommunale Beschäftigtenrat lehnt alle Anträge zur Vinderung der Erwerbslosennote ab. Die Wiederinbetriebsetzung der hiesigen Schuhreparaturwerkstatt das einzige Zugewandte. Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit in den hiesigen Betrieben beschlossen.

In seiner gestrigen Sitzung beschäftigte sich der Ausschuss... mit dem Antrag der Arbeiter, die in der letzten Stadtratsversammlung... von unseren Genossen und den Kommunisten gestellt worden waren.

nahe kein wesentliches Hindernis entgegensteht, wurde der Antrag mit den Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt. Die gleiche Mehrheit verlangte auch der weiteren Fortsetzung an die nicht mehr bezugsberechtigten und ausgesperrten verheirateten Erwerbslosen eine Arbeitslosenzahlung von 40 RM und den ledigen eine solche von 30 RM zu zahlen die Zustimmung.

Alle Redner sprachen sich in dem Sinne aus, daß den Arbeitslosen zu helfen ein Gebot der Stunde sei, doch finden die Vertreter des Bürgerblocks insbesondere aus den Anträgen heraus, daß die ihrer Annahme den bedauernswürdigen Opfern der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht geholfen werden könne.

Weiter wurde noch ein Antrag zur Vereinfachung von Mitteln zur Errichtung einer hiesigen Mollfabrik, der im November von unsern Genossen eingebracht worden war, behandelt. Dieser Antrag war vorher bereits Gegenstand ausgiebiger Beratungen im Verkehrsamt.

Der Hunger mit den Verwaltungsgebühren.

Die in den Notjahren der Inflationzeit bei vielen Behörden üblich gewordenen Verwaltungsgebühren, die von Privatpersonen bei Inanspruchnahme solcher Behörden gezahlt werden müssen, haben manchen Verdruß und Hunger erzeugt.

Wichtigste Lehren sei es ab, den Notstandsarbeitern, die im freien arbeiten müssen, unentgeltlich entsprechende Kleidung und Schuhwerk, wie es der Antrag verlangte, zur Verfügung zu stellen. Nur mit Mühe und Not waren sie zu bewegen, der Wiedereröffnung der Schuhreparaturwerkstatt für Wehrträger zuzustimmen.

Die Forderung, den Notstandsarbeitern warmes Essen zum Selbstkostenpreise zu liefern, fand schon gar keine Gegenliebe.

1920 streikten in Herne die Katholiken.

Es schickten ihre Kinder zu keinem freier denenden Lehrer. 1926 freiste jeder Arbeiter! Er schickte kein Kind in die Kirchen- und zu der das kommende Reichsschulgesetz jede Schule kempfen. Die Schule des Arbeiterlandes ist einzig und allein die „Weltliche Schule!“

nach dafür bestrafte wird durch die Erhebung der Verwaltungsgebühren angestrebt, die bei geringfügigem Ertrag eine Belastung an sich selbst für sich selbst darstellen. Die Beschäftigung würde es aus freudiger Begehrtheit, wenn auch unser Magistrat der Stadtratsversammlung einen ähnlichen Antrag unterbreiten würde.

Fünf Jahre Selbsthilfe-Bewegung der Sozialreformer Halle.

Vom Zentralverband der Arbeitslosen wird uns geschrieben: Wenn die Ortsgruppe Halle des Zentralverbandes der Arbeitslosen und Arbeiter am Sonntag, dem 17. Januar, vormittags 10 Uhr, im Volkspark ihre Generalversammlung abhält, kann sie an ein fünfjähriges Bestehen zurückdenken.

Als die zunehmende Inflation die Renten der Invaliden immer mehr entwertete, als es nicht einmal mehr möglich war, sich das Geld zum Brode zu kaufen, dem das Brot zu kaufen, da letzte die Fälligkeit des Reichsbundes an der Selbsthilfebewegung der Sozialreformer war es zu denken, daß die Selbsthilfe sich mit den sonst vollen Kampfanliegen beschäftigen sollte.

Die Wohnnotjahren die von der Ortsgruppe veranstaltet wurden, haben für einen Tag Hunderte von Sozialreformaten aus grauem Mangel geliebt. Die sonstigen Veranstaltungen bereiten manche frohe Stunde.

Festzuhalten ist, daß der Zentralverband der Arbeitslosen nicht mehr leisten könnte, wenn alle Augenblicke ihm angebraten. Auch der Juristengeselle der Stadt Halle würde manche Arbeit erproben bleiben wenn alle Sozialreformer dem Verbande angehörten der Reichsbund denken und mit ihm schaffen könnte.

Kauft Vorrat!

Man möchte fast schon in bezug auf den Vorrat an Herren-Wäsche, Herren-Artikeln, Winter-Joppen u. Mänteln zweifeln, wenn man das Schicksal der weiteren Anträge sich vor Augen hält. Es wurde verlangt, den Erwerbslosen und Wehrträgern je nach ihrer Familienstärke unentgeltlich Kohlen und Kartoffeln zu geben.

Kauft Wintermäntel

im Inventur-Ausverkauf jetzt viel billiger

Herren-Ulster und Raqlan solide Stoffqualitäten, gute Verarbeitung und Paßform Serie I	26-	Herren-Anzüge mod. Homespun- und Donegalstoffe, solide Verarbeitung, gute Paßform Serie I	24-	Herren-Sport-Anzüge moderne Homespunstoffe, steil mit Brecheschöße Serie I	26-
Herren-Ulster und Raqlan moderne Farben, verschiedene Stoffarten mit angewebl. Futter, Schlitze und Schwendarm Serie II	29-	Herren-Anzüge gute Forster Qualitäten, mod. Muster	28-	Herren-Sport-Anzüge moderne Muster, Loden und gewaschene Cordstoffe, Brecheschöße mit doppeltem Gesäß Serie II	31-
Herren-Ulster und Raqlan strapazierfähige Stoffe, moderne Dessins, gute Ausföhrung und eleganter Sitz Serie III	36-	Herren-Anzüge gemusterte Cheviotstoffe, mod. Breiten, guter Sitz	33-	Herren-Sport-Anzüge lebbhafte Muster, moderne Ausföhrung, solide Qualität Serie III	38-
Herren-Loden Mäntel moderne Schlupferform, guter Sitz Serienlöden	16,50	Ein großer Posten Anzüge für das Alter von 13 bis 17 Jahren	15-	Herren-Gummi-Mäntel in Copar, Bastum u. gemustert, Gummistoffbezüge m. ganz. Gürtel oder versenkbar, Rückenpart.	13,50

Herren-Wäsche	Herren-Artikel
Oberhemden bunt, aus gut. Perkal, mit 1 Krag. Brust gefüttert	Binder modern kariert
4,75	0,85
Normalhemden Doppelbrust, wollgemischt	Hosenträger mit Gummistrippen
2,20	0,85
Futerhose kamelhaarartig	Herren-Müte moderne Formen
2,60	3,90
Einsatz-Normalhemd wollgemischt	Sport-Mützen in blau, Sport u. farbig
2,60	1,90

Winter-Joppen u. Mäntel
Winter-Loden-Joppen warm gefüttert
14,50
Windjacken Zeltbahn und Gummi
9,00
Herren-Hosen gestreift, kräftige Ware 6,5 5,50
4,25
Herren-Hosen gestreift, Pilot
4,90

S. Weiss

Halle, am Markt

Merseburg, R. Ritterstr. 6. — Bitterfeld, Wail-Rathenau-Str. 60.

